

## **„Einem geschenkten Gaul sieht man nicht ins Maul“**

---

Nun jubeln sie wieder – „ZKB beschenkt Gemeinden“ (Tagi14.2.2007). In allen Medien erscheinen Bilder von erfreuten Exekutivmitgliedern, die sich von ZKB-Vertretern ein überdimensionierter Check überreichen lassen, den „unerwarteten Geldsegen“.

Die ZKB ist eine öffentlich-rechtliche Körperschaft, eine selbständige Anstalt des Kantonalen Rechts mit Sitz in Zürich. Das Grundkapital der ZKB besteht aus dem Dotations- und dem Partizipationskapital. Das Dotationskapital wird der Bank vom Staat zu den Selbstkosten zur Verfügung gestellt. Das Partizipationskapital erwirbt die Bank durch die Ausgabe von Partizipationsscheinen, die vor allem im Kanton Zürich breit gestreut werden. Dieses darf die Hälfte des Dotationskapitals nicht übersteigen (siehe Gesetz über die Zürcher Kantonalbank).

Auf Grund des Status einer öffentlich rechtlichen Anstalt ist die ZKB steuerbefreit, ihr Dotationskapital –„Startkapital“- besteht mindestens zur Hälfte aus Steuergeldern, die nicht etwa zu marktüblichen Preisen verzinst werden müssen, sondern ihr vom Kanton Zürich zum Selbstkostenpreis überlassen werden. Das „Geschenk“ der ZKB an die Gemeinden entspricht nichts anderem als den dem Geschäftsverlauf entsprechend zu entrichtenden Steuern, wie dies andere juristische und nichtjuristische Personen entrichten müssen. Es ist anzunehmen, dass jedes andere Finanzinstitut den Gemeinden in etwa der gleichen Grössenordnung Steuern bezahlt. Still, leise und ohne „Bildchen“ in den Medien.

Bei so viel Entgegenkommen des Staates und der Steuerzahler, bei soviel Lob anlässlich der „Gewinnausschüttung an die Gemeinden“ sollte man meinen, dass die ZKB sich den Richtlinien der Ethik, die ihr durch den Kantonsrat auferlegt worden sind, gebunden fühlt. Nicht ganz so laut wie über die „Geschenke“ berichtet die Presse über fragliche Geschäftsstrategien, die vom Bankrat unter Bankpräsident Oberholzer (SVP) entwickelt worden sind, die mit riskanten Derivat- und Optionsgeschäften die Übernahme von Schweizer Grossfirmen wie Unaxis und Saurer durch ausländische Grossinvestoren möglich machen. Eine Optionsstrategie, die den Verkauf von schweizerischen Unternehmen ins Ausland erleichtert und erst möglich macht.

Der Jubel um „ZKB beschenkt Gemeinden“ sollte wahrlich hinterfragt und eine Privatisierung der ZKB erneut diskutiert werden, denn mit der zur Zeit verfolgten Strategie unterscheidet sich die ZKB nur bezüglich der Steuerbefreiung, der Herkunft des Dotationskapitals und dessen nicht marktkonforme Verzinsung von anderen Finanzinstituten.

Gaby Gossweiler, Dübendorf  
Gemeinderätin FDP